

## Hintergrundinfos zum Thema Rente und demografischer Wandel: Aussagen der Bundestagswahlprogramme und eingeladenen Politiker



Für die Union steht eine zukunftsfeste Alterssicherung auf **drei Säulen**: der **gesetzlichen Rentenversicherung**, der **privaten und der betrieblichen Vorsorge**. Die gesetzliche Rentenversicherung soll dabei die tragende Säule bleiben. Diese werde durch die **Rente mit 67** gestärkt, an der die Union festhalten und sie bis 2029 schrittweise einführen will. Die private und betriebliche Vorsorge soll ausgebaut werden. Das gilt besonders für die betriebliche Vorsorge bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Ein besonderes Anliegen der Union ist die sogenannte „**Mütterrente**“. Ab 2014 sollen Erziehungszeiten von bisher benachteiligten Müttern oder Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, mit einem zusätzlichen Rentenpunkt anerkannt werden. Die daraus resultierenden Kosten soll die Rentenkasse tragen. Verbessert werden sollen auch die Erwerbsminderungsrenten und die Rente von langfristig Versicherten (mindestens 40 Jahre) mit niedrigem Einkommen, die privat vorgesorgt haben. Diese sollen einen Zuschuss zur Rente auf 850 Euro erhalten. Außerdem plant die Union, eine **Altersvorsorgepflicht bei Selbstständigen** einzuführen. Dabei sollen sie zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen Vorsorgearten wählen können.

Quelle: [http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm\\_cdu-csu.html](http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm_cdu-csu.html)

der Landeszentrale für pol. Bildung Baden-Württemberg



**Alexander Bock:**

Jeder Rentner soll im Alter eine **Mindestrente** erhalten, welche eine **sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe** ermöglicht. Das bisherige Rentensystem muss so umgestaltet werden, dass die zukünftigen Rentner wieder von einer sicheren Rente im Alter ausgehen können. Insbesondere muss die **Einnahmebasis verbreitert** werden und die Stärkeren sich angemessen mit Beiträgen an der Rentenversicherung beteiligen.

Grundsätzliche Vorgehensweise zur Grundrente:

- Alle bestehenden Rentensysteme, berufsständische Versorgungssysteme und Pensionen im öffentlichen Dienst werden **zu einer Rentenkasse** zusammengeführt.
- Alle steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge werden zur Zahlung von Rentenbeiträgen verpflichtet.
- Keine Berufsgruppe wird ausgenommen
- Die Bemessungsgrenze soll entfallen.
- In die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein.
- Die Beiträge von Selbstständigen werden sich an ihren jeweiligen Unternehmenszahlen orientieren, sodass diese in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.
- Die Rentenbezüge bewegen sich in einem Korridor von Mindest- bis Maximalrente.
- Die Renten werden jährlich um einen Faktor, der die Inflationsrate berücksichtigt angepasst. Dieser Faktor berücksichtigt außerdem die Änderung weiterer Kosten, wie zum Beispiel Gesundheitskosten.
- Die staatliche Rentenkasse verwaltet sich eigenverantwortlich, ohne direkten Zugriff durch den Staat. Der Staat schafft den gesetzlichen Rahmen.
- Die Rentenkasse ist für die Rente zweckgebunden!

Quelle: Mauri Fischbein, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft 60 plus, Piratenpartei Deutschland

## Hintergrundinfos zum Thema Rente und demografischer Wandel: Aussagen der Bundestagswahlprogramme und eingeladenen Politiker

### SPD

Die SPD hat ein **Rentenkonzept** entwickelt, das flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente, eine Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, die Stabilisierung des Rentenniveaus und eine Sozialrente vorsieht.

Um allen Beschäftigten den passenden Übergang in die Rente zu ermöglichen, plant die SPD:

1. Einen abschlagsfreien Zugang zur Rente mit 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren.
2. Den Ausbau der **Teilrente** ab dem 60. Lebensjahr.
3. Verbesserungen bei der **Erwerbsminderungsrente**: Alle Abschläge, die bei vorzeitigen Renten gelten, sollen bei Erwerbsminderung abgeschafft und die Zurechnungszeit verlängert werden.
4. Einfachere Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung sollen geschaffen werden, um den Zeitpunkt für den **Renteneintritt flexibler** zu gestalten.

Die **Rente mit 67** dürfe sich nicht wie eine Kürzung der Renten auswirken. Die Anhebung des Renteneintrittsalters sei deshalb erst dann möglich, wenn mindestens die Hälfte der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt sei und weitere Rentenansprüche erwerben könne.

Das heutige **Rentenniveau** will die SPD bis 2020 stabil halten, um dann neu zu bewerten, wie die Ankopplung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen sei. Außerdem soll die betriebliche Altersvorsorge gestärkt werden, da diese die beste Form der privaten Altersversorgung sei. Bei der **Riester-Rente** will die SPD für eine deutliche Verbesserung der Kostentransparenz und der Effizienz sorgen.

**Selbstständige** ohne Altersversorgung sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Dies sei der erste Schritt auf dem Weg zum Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung auszubauen. Zudem soll ein einheitliches Rentensystem für Ost und West bis 2020 eingeführt werden.

Ein wichtiger Punkt im Regierungsprogramm der SPD ist die Einführung einer **Solidarrente**. Für langjährig Versicherte soll die Rente nicht unter 850 Euro liegen (bei 30 Beitragsjahren / 40 Versicherungsjahren). Auch familienbedingte Erwerbsverläufe sollen bei der Solidarrente berücksichtigt werden. So sollen „in angemessenem Umfang“ Berücksichtigungszeiten auch auf Eltern ausgedehnt werden, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, um so gezielt Rentenansprüche dieser Eltern zu verbessern.

Die **Kosten** der Solidarrente sollen aus Steuermitteln finanziert werden. Die Finanzierung des abschlagsfreien Rentenzugangs nach 45 Versicherungsjahren, der verbesserten Erwerbsminderungsrente und der Stabilisierung des Rentenniveaus soll durch einen höheren Rentenversicherungsbeitrag und den Aufbau einer höheren Nachhaltigkeitsreserve sichergestellt werden.

Quelle: [http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm\\_spd.html](http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm_spd.html)

der Landeszentrale für pol. Bildung Baden-Württemberg

### Roland Fischer, SPD:

Motto: Jede(r) soll so lange arbeiten können, wie er/sie möchte. Niemand aber soll auch im Alter arbeiten müssen, um über die Runden zu kommen. Die Politik muss endlich die Schalter umlegen und aufhören, die gesetzliche Rente sturmreif zu schießen!

## Hintergrundinfos zum Thema Rente und demografischer Wandel: Aussagen der Bundestagswahlprogramme und eingeladenen Politiker



Bündnis 90/Die Grünen planen eine **steuerfinanzierte Garantierente** von mindestens **850 Euro**, um der Altersarmut entgegenzuwirken. Die Partei will allen Neurentnern mit mindestens 30 Versicherungsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantieren. Als Voraussetzungen für den Bezug gelten alle Versicherungszeiten. Dazu gehören Beitragszeiten, Anrechnungszeiten, z.B. wegen Arbeitslosigkeit, Zurechnungszeiten wegen Erwerbsminderung, Berücksichtigungszeiten wegen Pflege und (bis zum Rechtsanspruch auf U3-Betreuung) Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr. Dabei soll nicht zwischen Teilzeit und Vollzeit unterschieden werden.

Die Grünen setzen auf eine **starke gesetzliche Rentenversicherung**. Durch die schrittweise Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente **zu einer Bürgerversicherung**, durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung sowie durch Maßnahmen für ein höheres Lohnniveau wollen die Grünen ein angemessenes Rentenniveau bei stabilen Beiträgen erreichen. Allerdings seien **auch private und betriebliche Alterssicherung wichtig** für die Lebensstandardsicherung im Alter. Deshalb soll die **Riester-Rente grundlegend reformiert** werden, um ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt für die staatlich geförderte zusätzliche Altersvorsorge zu haben.

Im Sinne der Generationengerechtigkeit halten die Grünen einen langsamen Anstieg des **Renteneintrittsalters auf 67 Jahre für notwendig**. Allerdings müssten die Arbeitsmarktchancen für Ältere verbessert und mehr altersgerechte Arbeitsplätze geschaffen werden. Außerdem soll es **individuelle Übergangslösungen in den Ruhestand** geben, insbesondere durch eine **Teilrente ab 60 Jahren**. Die abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente wollen die Grünen wieder auf das **63. Lebensjahr** zurücksetzen. Damit Frauen eine bessere eigenständige Absicherung erhalten, soll das **Rentensplitting bereits in der Ehe obligatorisch** gemacht und **Kindererziehungszeiten stärker angerechnet** werden. In Ost- und Westdeutschland soll ein einheitliches Rentenrecht eingeführt und der Rentenwert Ost soll auf das Niveau des Westens angehoben werden.

Mittelfristig soll die Rentenversicherung zur Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, in die alle Bürger, das heißt auch Beamte, Selbstständige und Abgeordnete, unabhängig vom Erwerbsstatus einzahlen. Als erste Schritte wollen die Grünen **Mindestrentenbeiträge für Arbeitslose** wieder einführen, die Minijobs vollumfänglich und auch die bisher nicht pflichtversicherten Selbstständigen in die Rentenversicherung einbeziehen.

Quelle: [http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm\\_die\\_gruenen.html](http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm_die_gruenen.html)  
der Landeszentrale für pol. Bildung Baden-Württemberg

### Dieter Janecek, Bündnis 90/Die Grünen:

"Um die Menschen im Alter und bei Krankheit besser abzusichern, brauchen wir im Renten- und im Gesundheitssystem Veränderungen. Gegen Altersarmut wollen wir eine Garantierente einführen. Wer 30 Versicherungsjahre hat, bekommt eine steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro. Die Zwei-Klassen-Medizin schaffen wir mit einer Bürgerversicherung ab. Damit finanzieren wir auch eine bessere Pflege im Alter."

Zum Demografischen Wandel haben wir eine aktuelle Beschlusslage:  
[http://www.gruene-bayern.de/fileadmin/Bilder/Demografischer\\_Wandel.pdf](http://www.gruene-bayern.de/fileadmin/Bilder/Demografischer_Wandel.pdf)

## Hintergrundinfos zum Thema Rente und demografischer Wandel: Aussagen der Bundestagswahlprogramme und eingeladenen Politiker

### FDP

Die Liberalen

Die FDP will für **mehr Selbstbestimmung in der Rente** eintreten. Sie ist **gegen starre Altersgrenzen** und will erreichen, dass Menschen ab dem 60. Lebensjahr – bei versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen – den **Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen** können, **sofern** ihre Ansprüche aus privater, gesetzlicher und betrieblicher Vorsorge **über dem Grundsicherungsniveau** liegen. Die Versicherten sollen **ab dem 60. Lebensjahr ihre Arbeitszeit reduzieren** können und den Verdienstausfall durch den Bezug einer **Teilrente** kompensieren oder – wenn sie möchten – länger arbeiten. Darüber hinaus will die FDP die **Zuverdienstgrenzen** neben dem Rentenbezug komplett aufheben, um so Barrieren für die Arbeit im Alter zu beseitigen.

Die Höhe der Rente soll sich strikt an den eingezahlten Beiträgen orientieren. Daher unterstützt sie eine **komplett beitragsbezogene Rente**. Familien- oder sozialpolitische Leistungsausweitungen sollen nicht über Beitragsmittel finanziert werden.

Die Liberalen wollen die **private Vorsorge weiter stärken**. So soll die gesetzliche Rentenversicherung stärker durch private und betriebliche Vorsorge, mit einem Nebeneinander einer staatlichen Grundsicherung, einem Betriebsrentensystem und privater Vorsorge, ergänzt werden. Die **Mischung aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Vorsorge** sei notwendig, um unterschiedliche Risiken und Sicherheiten auszugleichen. Um die private Vorsorge für jeden, auch für Geringverdiener, attraktiv zu machen, wollen die Liberalen Einkommen aus privater und betrieblicher Vorsorge **nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter** anrechnen. Außerdem soll **Selbstständigen der Weg zur Riester-Förderung** eröffnet werden.

Die Einführung einer **Rentenversicherungspflicht für Selbstständige lehnt die FDP strikt ab**, da dies die Existenz vieler Selbstständiger bedrohe und so Arbeitsplätze gefährde. Die Vereinheitlichung des Rentenrechts in Ost und West sehen die Liberalen als ein Gebot der Fairness an.

Quelle: [http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm\\_fdp.html](http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm_fdp.html)  
der Landeszentrale für pol. Bildung Baden-Württemberg

### Dr. Daniel Volk, FDP:

Flexibler Renteneintritt: Wir Liberalen treten für mehr Selbstbestimmung in der Rente ohne starre Altersgrenzen ein. SPD, CDU und CSU haben im Jahr 2006 die Anhebung des regulären Renteneintrittsalters auf 67 Jahre beschlossen, um die Lebensarbeitszeit zu verlängern. Als Begründung hierfür steht die demographische Entwicklung, die zur finanziellen Stabilität der Rentenversicherung eine längere Teilhabe am Erwerbsleben erfordert. Diese Annahme teilt die FDP grundsätzlich. Dennoch sind wir der Auffassung, dass die Heraufsetzung der starren Altersgrenze für den Renteneintritt auf 67 Jahre den Bedürfnissen vieler älterer Menschen nicht gerecht wird. Diese Kritik haben wir bereits bei Einführung der Rente mit 67 geäußert und sie gilt nach wie vor. Denn nicht jeder Arbeitnehmer ist willens oder in der Lage, bis zum 67. Lebensjahr voll zu arbeiten. Andererseits gibt es den Wunsch vieler Älterer, länger beruflich aktiv zu bleiben. Deshalb wollen wir den Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand flexibler gestalten.

(...) Das ermöglicht ihnen, den Lebensstandard auch bei einem vorzeitigen Rentenbezug zu halten und trotzdem dem Arbeitsmarkt in vollem Umfang zur Verfügung stehen. Somit profitieren auch Gesellschaft und Unternehmen stärker vom Know-how älterer Mitarbeiter.

## Hintergrundinfos zum Thema Rente und demografischer Wandel: Aussagen der Bundestagswahlprogramme und eingeladenen Politiker

### **DIE LINKE.**

Die Linke will das **Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente wieder auf 53 Prozent** erhöhen und damit dem Plan entgegenwirken, das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente bis 2030 bis auf 43 Prozent zu senken. Nur bei einem Sicherungsniveau von 53 Prozent werde der Lebensstandard im Alter gesichert und die Renten für alle spürbar steigen. Damit Zeiten von niedrigen Löhnen, Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege besser abgesichert werden, will Die Linke die „Solidarität in der Rentenversicherung“ stärken. So sollen **alle Erwerbseinkommen in die Rentenversicherung eingehen, also auch die von Selbstständigen, Beamtinnen und Beamten, Politikerinnen und Politikern**. Außerdem will Die Linke eine Möglichkeit schaffen, die in **Riester-Renten-Verträgen erworbenen Ansprüche auf die gesetzliche Rente zu übertragen**.

Die Rente ab 67 will Die Linke wieder abschaffen. Jeder müsse wieder **abschlagsfrei mit 65 in Rente** gehen können. Außerdem soll **ab dem 60. Lebensjahr** und nach 40 Beitragsjahren – einschließlich gleichgestellter Zeiten – ein **abschlagsfreier Einstieg** in die Rente möglich sein, und der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten müsse erleichtert werden, die Abschläge sollen gestrichen werden. Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung sollen nach dem Willen der Linken paritätisch von den Beschäftigten und den Unternehmen finanziert werden.

Die Linke möchte eine „**Solidarische Mindestrente**“ einführen. Diese Rente soll **aus Steuern** finanziert werden und **1.050 Euro** netto betragen. Auch der Rentenwert in Ostdeutschland soll an das Niveau in Westdeutschland angeglichen werden.

Quelle: [http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm\\_die\\_linke.html](http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm_die_linke.html)  
der Landeszentrale für pol. Bildung Baden-Württemberg

### **Klaus Ernst, Die Linke:**

Wir wollen, dass es bei der Rente mit 65 bleibt und die Renten wieder mit den Löhnen schritthalten. Das soll mit einem Rentenmodell finanziert werden, in das alle Erwerbstätigen einzahlen, auch Selbstständige, Beamte und Abgeordnete. Siehe auch: <http://www.klaus-ernst-mdb.de/nc/aktuell/positionen/rentenpolitik/> [http://de.wikipedia.org/wiki/Klaus\\_Ernst](http://de.wikipedia.org/wiki/Klaus_Ernst)

Zum Thema „demografischer Wandel“:

Die Bundesregierung und die meisten Parteien benutzen die demografische Entwicklung vor allem als Scheinargument für Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme, für die Privatisierung der Daseinsvorsorge und die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Die sozialpolitischen Risiken der demografischen Entwicklung wollen sie durch private Vorsorge bewältigen und den Einzelnen ohne solidarischen Ausgleich überlassen. Das erzeugt aber neue Ungleichheiten und Unsicherheiten und trifft vor allem die finanziell ärmeren sowie kranke und pflegebedürftige Menschen. Die demographische Veränderung stellt zweifelsohne eine große Herausforderung für die Politik dar, doch es gibt Alternativen zur aktuellen Politik. DIE LINKE ist der Überzeugung, dass die Folgen des demographischen Wandels solidarisch bewältigt werden können. (...)Damit alle Generationen gleichermaßen eine Perspektive haben, ist eine Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums notwendig und möglich. Dabei ist nicht die Umverteilung zwischen Jungen und Alten, sondern zwischen „arm“ und „reich“ entscheidend. (...)

Quelle: <http://www.linksfraktion.de/themen/demografie/>